

ERINNERUNGSARBEIT ALS KOMMUNIKATIVES GESCHEHEN

Bericht des Sprechers der Landesarbeitsgemeinschaft Erinnerungsarbeit im Saarland (LAGE) für die Mitgliederversammlung (MV) am 12.10.2021 – Frank-Matthias Hofmann

Kommunikation in Zeiten der Pandemie

Liebe Mitstreitende in der Erinnerungsarbeit,

seit der letzten Mitgliederversammlung mit den Wahlen zum neuen Sprecher_innenrat am 1.10.2020 in St. Wendel ([Pressemitteilung Neuer LAG-Sprecher innenrat gewaehlt 02.10.2020.pdf](#) ([erinnerungsarbeit-saarland.de](#))) hat alle unsere Mitgliederorganisationen die Pandemie fest im Griff. Viele Sitzungen und Veranstaltungen für eine größere Öffentlichkeit mussten entweder digital stattfinden oder wurden ganz abgesagt. Dennoch ist mein Eindruck, dass die Erinnerungsarbeit im Saarland medial auf angemessene Art und Weise vorkam und dass das, was in unserem Leitbild der LAGE als Zielsetzung genannt ist, - wenn auch mit gewissen Einschränkungen - gut vermittelt werden konnte:

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die unter seiner Herrschaft begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Herkunft, ihres politischen Bekenntnisses, ihrer körperlichen und geistigen Verfasstheit, ihrer sexuellen Orientierung sowie der von ihnen gewählten Lebensform – geht mit dem Bekenntnis zu einer offenen, den Menschenrechten verpflichtenden demokratischen Gesellschaft einher. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und an den Widerstand notwendig zum Selbstverständnis der BRD gehört. Es bildet das Fundament unserer politischen Kultur. Wurde dies von einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung insgeheim kritisch gesehen oder gar in Abrede gestellt, so rütteln seit dem Aufkommen der AfD viele ihrer Vertreter offen an diesem Fundament. Es ist somit unsere Aufgabe, hier zu widerstehen und auch die nachfolgenden Generationen in der Verantwortung zu sehen, der Opfer zu gedenken und ihnen Respekt zu erweisen. Wir wollen und müssen das Geschichtsbewusstsein der nachfolgenden Generationen fördern und stärken. Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir sagen, sondern auch für das, was wir nicht sagen.

Ich sehe es in diesem Zusammenhang als unsere Aufgabe an, dem, was Max Czollek "Gedächtnistheater" nennt, entgegenzutreten. "Gedächtnistheater" ist ein Begriff, den der Soziologe Michal Bodemann in den 90er Jahren entwickelt hat: Danach nutze die deutsche Dominanzgesellschaft die Erinnerungskultur, um ein bestimmtes Bild von sich zu entwerfen. Jüdinnen und Juden bekommen die Aufgabe des Mahnens und Erinnerns zugewiesen, und schon ihre Anwesenheit in diesem Land hat eine entlastende Funktion. Dass sie hier leben, ist der Beweis, dass Deutschland den Nationalsozialismus überwunden hat. Diesen Zuschreibungen ist entgegenzutreten. Um ein Beispiel für das Gemeinte zu nennen: 2002 erschien das Buch "Opa war kein Nazi". Dafür haben sich Soziolog*innen Familienerzählungen angeschaut und festgestellt, dass innerhalb von zwei Generationen der Nazi-Opa kein Nazi mehr ist. Selbst wenn die Kinder der Nazis wussten, was die Eltern getan haben, erzählen die Enkel "Opa hat Juden versteckt". Noch zwei Generationen, und es wird keine Nazis in deutschen Familien gegeben haben. Das ist "Gedächtnistheater".

Was daraus folgte, wissen wir, nämlich das, was Ralph Giordano die "zweite Schuld" nannte, nämlich dass die Tätergeneration das Geschehene verdrängte und beschwieg. Man versäumte es, mit der nächsten und übernächsten Generation nach dem Krieg über das Geschehene zu reden und alles sorgfältig zu reflektieren. Stattdessen haben die Täter*innen überwiegend geschwiegen - und viele

und vieles wurde in die Machtstrukturen der jungen Bundesrepublik übernommen, die dadurch - im Nachhinein betrachtet- oftmals recht alt aussah. Deshalb ist es auch gut, wenn wir an diesem Punkt unsere Leitlinien etwas präzisieren, dass es eben Kontinuitäten der NS-Zeit in der BRD gab und dass es der Aufarbeitung eben genau auch dieser Zeit bedarf in unserer Arbeit. Ich werde nachher einige Beispiele nennen.

Kommunikation in Zeiten des „Remix der Erinnerungsarbeit“

Diese Entwicklung kommunikativer Formen in unserer Erinnerungsarbeit, die sowohl analog als auch digital von uns vorangetrieben wurde, geschieht in dem Kontext, dass die politische Didaktik an einem Scheideweg stehe. Nicht schlagartig, aber schleichend endet eine jahrzehntelange Praxis, in der die Zeitzeug*innen die Autoritäten des Shoa-Gedenkens waren. Was folgt, bezeichnen Fachleute als eine "Ära des Remix der Erinnerungsarbeit": Die Gesellschaft nimmt sich Freiheiten heraus im Umgang mit den Zeugnissen der Altvorderen. Aus der Fülle an Geschichten, die Zeitzeug*innen hinterlassen, kann alles ausgewählt, passend gemacht und neu kombiniert werden. Herausragendes Beispiel ist die Entwicklung von Hologrammen noch lebender Zeitzeug*innen, in denen sie zu vielen Themen der Zeitgeschichte befragt werden, die dreidimensional aufgenommen werden. Uns im Saarland fehlen die technischen und finanziellen Möglichkeiten, Derartiges zu gestalten. Wir sollten aber diese Entwicklung mit ihren Chancen, aber auch ethischen Gefahren aufmerksam verfolgen und überprüfen, ob diese Form der Erinnerungsarbeit längerfristig brauchbar ist und wenn ja, bis zu welchem Grad. Prüfet alles, das Gute aber behaltet, rät schon die Bibel.

Kommunikation im Rahmen der saarländischen LAGE

Nach meiner Wahl zum Sprecher der LAGE

([Pressemitteilung LAG Erinnerungsarbeit Sprecherwahl 28.10.2020.pdf \(erinnerungsarbeit-saarland.de\)](#)) habe ich betont: in meiner zweiten Amtszeit als Sprecher möchte ich die Kommunikation innerhalb der LAGE und zwischen ihren Mitgliedsverbänden stark halten, bspw. durch die Weiterentwicklung des Newsletters und durch den Ausbau unserer Homepage. Beides ist auch gelungen: Der Newsletter konnte durch eine neue Software mit einem frischeren Aussehen versehen werden und durch die Vorgabe von Kriterien für die Autor_innen („Erklärung zu den rechtlichen und qualitativen Vorgabenbedingungen redaktioneller Zulieferungen“) sind die Beiträge kurz und kompakt, eingebundene Fotos verhindern, dass Bleiwüsten entstehen. Alles ist nun lesefreundlich geworden. Statt zwei Ausgaben gibt es nunmehr drei im Jahr. Im Sprecher_innenrat wurden immer Vorüberlegungen angestellt, wen man um Beiträge bitten könnte und alle Angefragten sind der Bitte um Beiträge auch nachgekommen. Ziel ist es, dass sich auch immer neue Mitglieder im Newsletter vorstellen können. An dieser Stelle gilt meine Dank Hannah Meuler und Sabine Geith, die sich hervorragend um den Newsletter kümmern und für eine reibungslose technische Umsetzung sorgen. Dank ebenso der Landeszentrale für politische Bildung (LpB), die den Newsletter versenden.

Auch die Homepage konnte durch einige technische Veränderungen überarbeitet werden und ist nun besser handhabbar. Viele Mitgliedsorganisationen liefern aktuelle Hinweise auf Veranstaltungen oder bieten auch dauerhafte Veranstaltungsformate an. Hier gilt mein Dank Frau Dr. Sabine Graf und Herrn Dr. Erik Harms-Immand von der LpB, die sich in Kooperation mit der Agentur one4vision darum sehr gut kümmern.

Auch der bereits 2020 entwickelte Flyer konnte mittlerweile gedruckt werden und wurde an alle Mitgliedsorganisationen verteilt. Es stehen noch genügend Exemplare zum Verteilen zur Verfügung und Sie können gerne noch welche nachordern. Hier gilt mein Dank Herrn Joern Didas und seinem Team, die das Vorhaben prima umgesetzt haben.

Auch die vom Sprecher_innenrat vorbereiteten Änderungen der Leitlinien waren ein gutes Stück Arbeit, es wurden hier Vorschläge aus der Anfangszeit der LAGE aufgegriffen. Wir wollten aber nicht gleich in der ersten MV nach der Gründung schon gleich wieder an den Leitlinien herumarbeiten, sondern uns Zeit dafür lassen und die Praxis abwarten. Nun haben wir dies vorbereitet, Herr Didas wird die Vorschläge begründen. Ich kann meinerseits nur um die Zustimmung zu diesen Änderungsvorschlägen bitten.

Kommunikation als Voraussetzung des Konnexes von Erinnerungsarbeit und politischer Bildung

Ebenso hatte ich nach meiner Wahl gesagt, dass ich mich dafür einsetze, dass die erinnerungspolitischen Impulse und Ansätze der LAGE und ihrer Mitgliedsverbände und die Entwicklung neuer zielgruppenspezifischer Vermittlungsformate auch in aktuelle gesellschaftspolitische Diskurse rund um rassistische, antisemitische, homophobe und antimuslimische Tendenzen einfließen.

Hier gilt es wachsam zu sein und unsere Erinnerungsarbeit nach wie vor als politische Bildungsarbeit zu verstehen, die nicht versäumt, historisch wissenschaftliche Aufarbeitung und die Erinnerung an weitergeführtes Unrecht nach 1945 in aktuelle Fragestellungen einfließen zu lassen.

Ich nenne einige Beispiele:

- Die Erinnerung an das schwere Unrecht, das Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit angetan worden ist, muss immer auch einfließen in die Bekämpfung aktueller antisemitischer Tendenzen in unserer Gesellschaft. Gerade auch in der Pandemiesituation wurden durch wirre Geister am rechten Rand unserer Gesellschaft Jüdinnen und Juden verantwortlich gemacht für die Ausbreitung von Covid-19. Das Tragen des gelben Sterns mit der Aufschrift „Ungeimpft“ sei nur am Rande erwähnt.
- Die Aufarbeitung, wie die Nationalsozialisten mit kolonialer Vergangenheit des Deutschen Reiches umgegangen sind und damit Wasser auf ihre nationalistischen Mühlen geleitet haben, ist in die aktuelle Diskussion um die Benennung saarländischer Straßen nach Kolonialisten und Militaristen einzubringen.
- Ein Paradebeispiel für das, was wir intendieren, ist auch der Umgang mit unserem Jahresthema 2021 „Psychiatrie und Euthanasie in der NS-Zeit“ und dem, was auf unserer Mitgliederversammlung als Schwerpunktthema diskutiert werden wird:

Zum einen geht es darum, historisch wissenschaftlich zu beleuchten, wie in der NS-Zeit mit Menschen in der Psychiatrie und in der Medizin umgegangen worden ist, bis hin zu Menschenversuchen (für die auch maßgeblich saarländische Ärzte verantwortlich waren) und der Ermordung von Menschen durch die sogenannten Euthanasie.

Zum anderen muss es aber auch von unserem Anspruch her darum gehen, wie mit Psychiatrieopfern nach 1945 umgegangen worden ist, ob ihre Verfolgung und ihr Leiden als Opfer staatlicherseits anerkannt und von der Gesellschaft akzeptiert und wahrgenommen wurden. Und es muss auch darum gehen, wie man von diesem Kenntnisstand her in unserer Gesellschaft heute mit Menschen mit psychischen Problemen in psychiatrischen Krankenhäusern umgeht. Ebenso wie das Wissen um die Euthanasie in der NS-Zeit auch wichtige Sichtweisen liefert, wie heute in der aktuellen Sterbehilfediskussion argumentiert wird.

Ich bin sehr froh, dass wir im Saarland mit Frau Dr. Gisela Tascher eine Expertin auf diesem Gebiet haben und sie uns auf der MV den einführenden Vortrag halten wird und mit Herrn Dr. Martin Kaiser aus der SHG-Klinik Merzig und Herrn Prof. Mathias Montenarh von der Homburger Uniklinik zwei

weitere Experten für die Podiumsdiskussion zur Verfügung stehen. Neben ihren medizinischen Behandlungen sind ihnen auch immer die ethischen Aspekte ihres Tuns wichtig.

Von daher danke ich auch Herrn Dr. Frank Hirsch, dass er die inhaltliche Vorbereitung zum Schwerpunktthema für die MV gemacht hat, Vorgespräche führte und die Diskussion moderiert.

Hinweisen möchte ich noch auf das vom Sprecher_innenrat bestimmte Jahresthema 2022: Umgang mit Homosexuellen in der NS-Zeit und nach 1945. Hier finanzieren der Landtag und die Magnus-Hirschfeld-Stiftung die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verfolgung von Schwulen und Lesben in der NS-Zeit und der BRD bis in die 1990er Jahre hinein. In Saarbrücken läuft derzeit eine Diskussion über ein Mahnmal zur Erinnerung an Diskriminierung und Verfolgung dieser Gruppe. Beides ist uns Anlass, dies als Jahresthema zu wählen.

Kommunikation nach innen und nach außen

Alle vier geplanten Montanara fanden – teilweise digital - statt. Die Protokolle der Sitzungen können Sie gerne auf der Homepage: www.erinnerungsarbeit-saarland.de nachlesen.

Noch einige wichtige Schlaglichter aus der Arbeit:

- Am 25.02.2021 fand ein digitales Gespräch mit Frau Ministerin Christine Streichert-Clivot statt bei dem sich der neue Leitungskreis vorstellte. Auch wurde noch einmal um verstärkte finanzielle Unterstützung der Arbeit der LAGE gebeten.

Ministerin Streichert-Clivot hat noch einmal die Relevanz der Arbeit der LAGE und der sie tragenden Mitgliedsorganisationen betont und ihre volle Unterstützung zugesagt.

- In der digitalen Sprecher_innenratssitzung vom 19.1.2021 hat Prof. Roland Rixecker als Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus im Saarland seine Arbeit vorgestellt. Er sieht seine Arbeit und die der LAGE eher komplementär an und bietet eine enge Abstimmung auch künftig an.

Sprecher Frank-Matthias Hofmann wurde zu einem Interview zu dem geplanten Westwallweg in Kirkel in das SR Magazin „Wir im Saarland“ am 27.5.21 eingeladen und hat dort für die LAGE befürwortend Stellung bezogen (s. Link):

<https://www.ardmediathek.de/video/frank-matthias-hofmann-zur-bedeutung-von-westwallwege/sr-fernsehen/Y3JpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9NQS1XSU1TXzEwMzI0NA/>

Für die LAGE nahm Dr. Hirsch an der Auftaktveranstaltung zur pädagogischen Arbeit am Erinnerungspfad Höckerlinie Otzenhausen teil.

- Es ist erfreulich, dass in der Reihe „Der Landtag im Gespräch“ das zweite Gespräch in der Reihe von Herrn Landtagspräsidenten Toscani mit dem Sprecher der LAGE, Frank-M. Hofmann, geführt wurde. Das 35-minütige Gespräch zu grundlegenden Aspekten der Erinnerungskultur kann nachverfolgt werden auf: [Der Landtagspräsident im Gespräch mit Frank-Matthias Hofmann - YouTube](#).

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Umgang mit dem Jahresthema 2020 „80 Jahre Deportation der Jüdinnen und Juden nach Gurs“ sagen. Da viele Veranstaltungen zu diesem Thema im Saarland veranstaltet wurden, haben wir uns auf zwei eher weniger bekannte Themen konzentriert: Herr Max Hewer hat einen Vortrag über die Spanienkämpfer in Gurs in der VHS gestaltet. Da unsere eigene

dazu geplante Veranstaltung wegen Corona ausfallen musste, haben wir auf diese von der LpB organisierte Veranstaltung hingewiesen und auch teilgenommen.

Da die Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, Frau Diana Bastian immer wieder darauf hingewiesen hat, dass 1945 auch Sinti und Roma aus dem Saarland nach Gurs deportiert wurden, haben wir eine Exkursion ins Dokumentations- und Kulturzentrum der Deutschen Sinti und Roma nach Heidelberg geplant, um uns dort die Dauerausstellung erläutern zu lassen und ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma, Herrn Romani Rose und Frau Bastian zu führen. Diese Veranstaltung ist gemeinsam mit der Ev. Akademie des Saarlandes geplant und musste nun leider schon zweimal verschoben werden, so dass die Busfahrt jetzt für das Frühjahr 2022 geplant ist.

Die Fahrt zur zentralen Veranstaltung des Gedenkens der Deportation der Juden nach Gurs, in Gurs selbst, an der wir teilnehmen wollten, musste leider ebenfalls wegen der Pandemie abgesagt werden.

Auf Bitten von Frau Bastian und gemäß dem Beschluss der MV aus 2020 haben wir uns sehr stark engagiert, damit es von Seiten des Saarlandes finanzielle und logistische Unterstützung für den Landesverband der Sinti und Roma künftig geben würde. Es wurden dazu auch unsererseits mehrere Gespräche geführt, u.a. mit den beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition im saarländischen Landtag. Hier wurde eine Vereinbarung über eine finanzielle Unterstützung für die nächsten Jahre getroffen.

Das Diakonische Werk an der Saar hat zugesagt, Räume in zentraler Lage dem Landesverband der Sinti und Roma für die Einrichtung einer Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen.

Kommunikation durch Kontakte zu anderen LAGs

Regelmäßig bestehen enge Kontakte vor allem zur LAG Erinnerungsarbeit in Rheinland-Pfalz. Gegenseitiges Informieren steht auf der Tagesordnung. Frank-M. Hofmann hat so ein Grußwort mit Vorstellung unserer Aktivitäten auf der MV der LAGE RLP am 30.11.2019 in Mainz gestaltet. Die Gegeneinladung zu einem Grußwort der Pfälzer bei uns besteht für unsere nächste MV 2022. Pandemiebedingt konnte aber erst jüngst eine Einladung für eine schon länger geplante Klausur der beiden LAGs auf der Ebernburg im Sommer 2022 ausgesprochen werden. Wir hoffen, dass es zu diesem Treffen kommen kann.

An der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz und der MV des neugegründeten Verbandes der Gedenkstätten in Deutschland e.V. - Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren (VGDF) jüngst im September in Stuttgart im „Hotel Silber“ habe ich teilgenommen und unsere Interessen wahrgenommen. Leider sind für die endgültige Gründung immer noch einige Formalien zu tätigen, der Vorstand ist aber seit letztem Jahr handlungsfähig. Mit Datum des 23. August 2021 wurden im Vorfeld der Bundestagswahl Wahlprüfsteine den kulturpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen des Deutschen Bundestages zugesandt, worauf es auch zahlreiche Antworten gab. Folgende Erwartungen wurden auch in unserem Namen formuliert:

- Weiterentwicklung der „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ als maßgebliches Förderinstrument der Bundespolitik
- Fortschreibung des Förderprogramms „Jugend erinnert“ (das auch kleineren Gedenkstätten und Initiativen wie den unsrigen zugutekommt)

- Stärkung der bundesweiten Kooperations- und Vernetzungsstruktur durch den Aufbau und die Förderung einer VGDF-Geschäftsstelle sowie durch die Sicherung und Weiterentwicklung des Gedenkstättenreferats in der Stiftung Topographie des Terrors zur Koordinierung und Beratung der Gedenkstätten in Deutschland, auch durch Ausbau digitaler Formate und Fortbildungsangebote.

Die kulturpolitischen Sprecher*innen der SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke haben auf den Aufruf geantwortet, meist sehr positiv.

Das hat nun wiederum unseren eigenen Sprecher_innenrat motiviert, unsererseits zu überlegen, wie wir bei der bevorstehenden Landtagswahl unsere Anliegen der Landespolitik vermitteln können. Wir wollen dies nicht in Form von Wahlprüfsteinen tun, sondern bereits im Vorfeld, im November diesen Jahres, Fragen an die Parteien richten, damit diese die Möglichkeit haben, unsere Ideen und Forderungen rechtzeitig in ihre Parteiprogramme aufzunehmen, damit sie bei späteren Koalitionsverhandlungen bereits verankert sind. Es zeigt sich, dass es schwierig ist, Forderungen erst im Nachhinein in Koalitionsprogramme hinein zu transportieren, so dass dieser Weg uns als der verheißungsvollere erscheint.

Dazu ist es aber auch nötig, dass alle unsere Mitglieder sich Gedanken machen, welche Bitten und Forderungen sie ihrerseits gerne aufgenommen hätten, damit wir auch substantiell von unserer Basis her dies in die Landespolitik einbringen können. Ich bitte deshalb alle unsere Mitglieder, Sie, uns mögliche Anliegen und Bitten baldmöglichst vorzutragen, damit wir diese aufgreifen und den Parteien im Saarland vermitteln können. Bitte richten Sie Ihre Schreiben dann an unsere Geschäftsstelle im Evangelischen Büro Saarland und sagen Sie dies auch weiter, damit möglichst viele mitmachen. Vielen Dank!

Zum Schluss möchte ich mich bei allen engagierten Mitarbeitenden an unserem Projekt bedanken: Den Mitgliedern des Sprecher_innenrates, die alle sehr intensiv sich mit den Dingen beschäftigen; der Landeszentrale für politische Bildung als Koordinierungsstelle; all denen, die am Newsletter und der Homepage mitwirken, indem sie Beiträge verfassen oder Angebote einstellen, schließlich allen, die diese MV inhaltlich und organisatorisch vorbereitet haben, Herrn Dr. Hirsch und den drei Referierenden, aber auch dem Team um Herrn Feltes hier von der Gemeinde Wadgassen. Und natürlich auch Ihnen allen für Ihr Kommen und Mitdenken und für all das, was Sie wissenschaftlich und in Ihren Mitgliedsorganisationen, nicht nur, aber gerade auch in Pandemiezeiten, leisten. Glückauf!